Freitag, 20. August 1937

„Teltower Kreisblatt" erscheint werktäglich. Bezugspreis monatlich RM. 1,85 einschl. 25 Rpf. Botenlohn; durch die Post monatlich RM. 1,60 (einschl. 21 Rpf. Postzeitungsgebühr) zuzüglich 36 Rpf. Bestellgeld. — Bestellungen bei den Postanstalten, Briefträgern und unseren Nebenstellen im Kreise.

Gott mit uns!

82. Jahrgang, Ausgabe 193

Anzeigen lt. Preisliste 19. Verlag und Schriftleitung: Berlin W 35, Lützowstraße 87. — Fernruf: 22 06 71. Zahlungen: Postscheckkonto Berlin Nr. 239 19. — Bankkonto: Girokonto Nr. 2887 bei der Sparkasse des Kreises Teltow -G-, Berlin W 35. — Gerichts- und Erfüllungsort: Berlin-Schöneberg.

Teltower Kreisblatt

Tageszeitung für den Kreis Teltow * Amtliche Zeitung des preußischen Landkreises Teltow

Neuer japanischer Luftangriff auf Nanking

Tokio erklärt: Japan ist gezwungen, Nanking durch Machtmittel zur Einsicht zu bringen

Tokio, 20. August.

Nach einer Domei-Meldung bombardierten japanische Flieger am Freitag morgen den Bahnhofsbezirk und die in der Nähe gelegene Werft in Nanking.

Japanischer Luftangriff auch auf Hankau

(Ostasiendienst des DNB.)

Tokio, 20. August.

Außer auf Nanking haben die japanischen Flugzeuge, wie Domei meldet, auch einen großangelegten Angriff auf Hankau gemacht.

Wie Domei ergänzend mitteilt, wurden bei dem Angriff auf Nanking auch der Generalstab und die Kriegsschule bombardiert.

Die vier Punkte des englischen Vermittlungsplanes

Aus Nanking wird gemeldet, daß der britische Vermittlungsplan zur Neutralisierung der Internationalen Niederlassung von Schanghai vier Punkte umfasse, und zwar

1. die Errichtung einer neutralen Zone für einen begrenzten Zeitabschnitt,
2. die völlige Zurückziehung der japanischen Land- und Flottenstreitkräfte aus Schanghai,
3. die Zurückziehung der chinesischen Truppen nach Punkten, die außerhalb der neutralen Zone liegen,
4. Verstärkung der internationalen Polizei und Ermächtigung der Truppen in Schanghai, den Schutz von Leben und Eigentum japanischer Staatsangehöriger innerhalb der Internationalen Siedlung und außerhalb der Siedlungsstraßen zu ermöglichen, auch für die Japaner in der internationalen Polizeitruppe.

Man unterstreicht, daß Großbritannien seine Bereitschaft zur Uebernahme der Verantwortung für die Durchführung dieser Vorschläge erklärt habe, vorausgesetzt, daß die Vereinigten Staaten, Frankreich, Deutschland und Italien die Verantwortung mit übernehmen würden.

Es verlautet, daß Großbritannien inoffiziell mit der chinesischen Regierung in Verbindung getreten sei, nachdem keine Angebote der anderen betroffenen Mächte amtlich oder in anderer Form erfolgt sind. Amtliche Kreise in Nanking würden vorläufig keine Stellungnahme zu den Vorschlägen bekanntgeben. Man wüßte dort nicht, ob die Vorschläge für Japan annehmbar wären.

Japan lehnt den Londoner Vorschlag ab

Tokio, 20. August.

Der Sprecher des Auswärtigen Amtes betonte hinsichtlich des Vorschlages des britischen Geschäftsträgers Dodd, Tokio möge nach Schaffung einer neutralen Zone in Schanghai seine Truppen außerhalb des Stadtbezirkes stationieren, nachdrücklich, daß Japan bei der gegenwärtigen zugespitzten Lage in Schanghai nunmehr außerstande sei, den Vorschlag anzunehmen.

China habe, so heißt es in der Mitteilung, durch fortgesetzte Herausforderungen und Angriffe auf Leben und Eigentum japanischer Staatsbürger in Schanghai Japan wider Willen zu Selbstverteidigungsmaßnahmen gezwungen. Der britische Vorschlag werde der jetzigen Lage nicht mehr gerecht, da die ausländischen Mächte auf Grund des Schanghai-Abkommens von 1932 bereits bei Ausbruch des Konfliktes in Schanghai die für die Sicherheit der internationalen Konzession notwendigen Maßnahmen hätten ergreifen müssen. Japan behalte sich den Rechtsschutz der japanischen Interessen in Schanghai unter Einsatz aller Mittel vor.

Fürst Konoe: „Das Stadium der Lokalisierung des chinesisch-japanischen Streitfalls ist vorüber."

(Ostasiendienst des DNB.)

Tokio, 20. August.

Ministerpräsident Fürst Konoe erklärte in einer Pressekonferenz, das Stadium der Lokalisierung des chinesisch-japanischen Streitfalles sei vorüber. Die japanische Regierung sehe ihre Aufgabe nunmehr darin, Nanking durch Anwendung ihrer Machtmittel zur Einsicht zu zwingen.

Blinksignale vom Dach des Sowjetkonsulates in Schanghai

London, 19. August.

Reuter meldet aus Schanghai, daß dort verlautet, der japanische Generalkonsul Okamoto habe beim sowjetrussischen Generalkonsulat in Schanghai einen energischen Protest eingelegt, weil vom Dache des sowjetrussischen Konsulates Montag nacht Lichtsignale an die chinesische Artillerie gegeben worden seien, um diese bei der Beschießung des japanischen Konsulates zu unterstützen.

Keine Annahme mehr von Frachten und Passagen

Hamburg, 19. August.

Wie aus Schiffahrtskreisen verlautet, hat eine in London abgehaltene Besprechung aller an der Linienfahrt nach Ostasien beteiligten Schiffahrtsgesellschaften den Beschluß gefaßt, die Annahme von Frachten und Passagen nach Schanghai bis auf weiteres einzustellen.

Das Wichtigste

Danziger Protest an Polen

Reichsminister Darré spricht am Sonnabend und Sonntag auf dem Milchwirtschaftlichen Weltkongreß

Die Truppen Francos stehen 45 Kilometer vor Santander

Hungersnot unter 200 000 chinesischen Flüchtlingen

Schanghai, 19. August.

In der internationalen Niederlassung ist es zu Plünderungen von Lebensmittelläden durch chinesische Flüchtlinge gekommen. In der Niederlassung befinden sich nicht weniger als 200 000 Flüchtlinge. Es handelt sich dabei um Menschen, die zum größten Teil ohne jede Habe ihre Wohnstätten verlassen mußten. Die Versorgung dieser Massen mit Lebensmitteln gestaltet sich äußerst schwierig. Man sieht hungernde Chinesen häufig halb bewußtlos durch die Straßen der Niederlassung wanken.

Aus der französischen Niederlassung wird berichtet, daß dort mehrere Japaner von chinesischen Zivilisten ermordet wurden. Die französische Polizei glaubt anscheinend nicht in der Lage zu sein, den japanischen Staatsangehörigen genügenden Schutz zu gewähren. Sie hat daher 250 Koreaner, deren Sicherheit sie für bedroht hielt, aus der Niederlassung ausgewiesen und sie der Obhut der japanischen Polizei übergeben.

Australien wird ein Zentrum der Waffenerzeugung

London, 19. August.

Wie aus Sydney gemeldet wird, haben die australischen Behörden auf Grund von Beschlüssen der Londoner Reichskonferenz weitgehende Maßnahmen für die Erzeugung von Waffen und Munition im eigenen Lande getroffen. U. a. ist beschlossen worden, eine Fabrik für die Herstellung der neuen Bren-Maschinengewehre zu errichten, die als Standardtyp für die gesamten Streitkräfte des englischen Weltreiches angenommen worden sind. Die australische Regierung hat die Herstellungsrechte der Bren-Gewehre, die ein tschechoslowakisches Patent sind, erworben. Durch die neu zu errichtenden Werke sollen auch die Streitkräfte in Neuseeland und Südafrika und möglicherweise auch die britischen Truppen in Singapore mit Maschinengewehren beliefert werden. Ferner ist die Modernisierung der bestehenden Munitionsfabriken geplant, und es wird damit gerechnet, daß Australien als waffenerzeugendes Land innerhalb des britischen Weltreiches an die zweite Stelle hinter England treten wird. Das Programm für das laufende Finanzjahr umfaßt auch die Herstellung von Flakgeschützen in großen Mengen. Ferner wird demnächst mit der Ausbildung einer australischen Tanktruppe begonnen werden.

Transportdampfer von U-Boot angegriffen

London, 20. August.

Die Londoner Presse bringt zum Teil in großer Aufmachung die Meldung, daß am Donnerstag wiederum ein aus dem Schwarzen Meer kommender Transportdampfer von einem U-Boot unbekannter Nationalität in der Nähe der Dardanellen angegriffen und schwer beschädigt worden sei.

„Daily Herald" berichtet im Zusammenhang mit den von englischer Seite beschlossenen Maßnahmen zum Schutz der britischen Handelsschiffahrt im Mittelmeer, daß der Kreuzer „Coventry" mit dem Auftrag nach Malta entsandt worden sei, sich dort für jeden Fall bereitzuhalten. Das englische Kriegsschiff werde bereits am Freitag in Malta eintreffen.

Nürnberg. Während des Reichsparteitages 1937 veranstaltet das Amt Schriftumspflege beim Beauftragten des Führers für die Ueberwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Erziehung der NSDAP. eine Ausstellung „Nürnberg — die deutsche Stadt".

Prag peinlich überrascht

Der Schritt der portugiesischen Regierung, die diplomatischen Beziehungen mit der Tschechoslowakei abzubrechen, kam für die amtlichen tschechischen Kreise völlig unerwartet; er hat daher eine peinliche Ueberraschung ausgelöst. Die Prager Regierung sucht den Abbruch natürlich in ein ihr genehmes Licht zu setzen. Sie will feststellen können, daß zwischen der Tschechoslowakei und Portugal keine politischen oder diplomatischen Konflikte bestanden haben und bestehen, und es sei deshalb in der Geschichte internationaler Beziehungen ein vereinzelter Fall, daß das Mißlingen von Geschäftsverhandlungen zu einem formellen einseitigen Abbruch diplomatischer Beziehungen führt.

Eine weitere Prager Erklärung

Prag, 19. August.

Das Tschechoslowakische Preßbüro teilt im Zusammenhang mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Portugal und der Tschechoslowakei folgendes mit: „Der Hinweis, daß auf den tschechoslowakischen Standpunkt eine dritte Macht Einfluß hatte, muß energisch abgelehnt werden, da es bei den ganzen Verhandlungen keinen Einfluß von dritter Seite gab, der gegenüber Portugal zur Geltung gebracht worden wäre."

Große Beachtung in England

London, 19. August.

Die Nachricht von dem Abbruch der Beziehungen zwischen Portugal und der Tschechoslowakei wird von der Abendpresse in größter Aufmachung wiedergegeben. Die Blätter beschränken sich jedoch auf die Wiedergabe der portugiesischen und der tschechoslowakischen Stellungnahme und enthalten sich vorläufig jeden Kommentars.

Die portugiesische Erklärung, daß die Schuld für die Nichterfüllung der tschechoslowakischen Waffenlieferung nach Portugal bei Moskau zu suchen sei, wird jedoch stark hervorgehoben.

Starkes italienisches Echo

Rom, 19. August.

Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Portugal und der Tschechoslowakei wird von der römischen Abendpresse stark beachtet und an hervorragender Stelle verzeichnet.

„Giornale d'Italia" erklärt in einer redaktionellen Notiz, die entschlossene Handlungsweise der portugiesischen Regierung, die dem berechtigten Empfinden für ihre verletzte Ehre entspringe, könne bei den großen und kleinen Staaten, welche an der Nichteinmischungspolitik teilnehmen und die gegenseitige internationale Achtung wünschen, nur Verständnis finden. Die Weigerung der tschechoslowakischen Regierung, einen regelrecht unterzeichneten Vertrag für militärische Lieferungen an Portugal zur Ausführung zu bringen, wollte offenbar einen Verdacht hinsichtlich der endgültigen Bestimmung dieser Lieferungen zum Ausdruck bringen. „Die portugiesische Regierung", so schreibt das Blatt, „hat zu Recht diesen Verdacht zurückgewiesen und ihre Auffassung durch den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit der Tschechoslowakei feierlich bestätigt".